

MOTION von Céline Widmer (SP, Zürich), Res Marti (Grüne, Zürich) und Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg)

betreffend Ausgewogene Besetzung von Strategie- und Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die eine Vertretung beider Geschlechter von mindestens 30 Prozent in Strategie- und Aufsichtsgremien der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons Zürich vorsieht.

Céline Widmer
Res Marti
Judith Bellaiche

Begründung:

In Strategie- und Aufsichtsorganen, namentlich Verwaltungsräten, sind Frauen trotz ihres guten Ausbildungsniveaus stark untervertreten. Dies gilt auch für die meisten selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons Zürich (Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, Gebäudeversicherung, Kantonsspital Winterthur, Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich, Universität, Universitätsspital, Zentralbibliothek, Zentrum für Gehör und Sprache, Zürcher Fachhochschule, Zürcher Kantonalbank, BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich).

Obwohl generell eine positive Entwicklung der Vertretung beider Geschlechter in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung grosser Unternehmen feststellbar ist, liegt in der Schweiz der Anteil der weiblichen Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder noch weit unter dem Zielwert von 40 Prozent der geplanten EU-Richtlinie. Dabei könnte ein Zuwachs der Frauen in Kaderpositionen vielfältige positive Effekte auf die Gesamtproduktivität der Wirtschaft haben.

Der Bundesrat schlägt daher im Zug der Revision des Aktienrechts aktuell Zielwerte für die Vertretung beider Geschlechter in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung grosser börsenkotierter Gesellschaften vor: In wirtschaftlich bedeutenden, börsenkotierten Gesellschaften soll jedes Geschlecht zu mindestens 30 Prozent im Verwaltungsrat und in der Geschäftsleitung vertreten sein. Jüngst hat der Deutsche Bundestag eine feste Frauenquote von 30 Prozent für börsenkotierte Unternehmen beschlossen.

Auch der Kanton Basel-Stadt nimmt das Problem der Unterrepräsentation von Frauen in Führungsgremien ernst und hat bereits eine Geschlechterquote für Strategie- und Aufsichtsgremien von öffentlich-rechtlichen Anstalten und öffentlichen Unternehmen eingeführt.

Mit einer ausgewogenen Besetzung von Strategie- und Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten würde der Kanton Zürich der Gleichberechtigung einen Schritt näher kommen und dazu beitragen, dass diese Quelle für potenzielles Wirtschaftswachstum noch besser ausgeschöpft wird.